

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Žaklin Nastić und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 20/6898 –

Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit Kupferförderung in Peru

Vorbemerkung der Fragesteller

Peru ist das zweitwichtigste Herkunftsland für Kupferimporte nach Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2021 252 000 Tonnen Kupfererz aus Peru importiert (de.statista.com/statistik/daten/studie/1344954/umfrage/kupferimportmenge-von-deutschland-nach-ausgewaehlten-laendern/#:~:text=Insgesamt%20wurden%20im%20Jahr%202021,knapp%20%2C6%20Milliarden%20Euro).

Der Abbau von Kupfer geht in Peru mit vielfältigen Menschenrechtsverletzungen und gravierenden Umweltschädigungen einher. Durch den Abbau im Tagebau und den Einsatz von toxischen Stoffen werden Wasser, Anbauflächen, Vieh und Menschen vergiftet (ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2021/05/Factsheet-03-2019_Kupferabbau-Peru.pdf) und der örtlichen Bevölkerung teilweise auch die wirtschaftliche Existenz genommen. Zusagen der Unternehmen (Gewährleistung von Entschädigungen, Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen, Bau von Sanitär- und Bildungseinrichtungen usw.) werden oftmals nicht eingehalten (amerika21.de/2023/01/261952/soziale-konflikte-bergbau-peru). Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen wies im Dezember 2022 darauf hin, dass Wasserproben häufig durch Unternehmen selbst vorgenommen würden, in der Region Espinar seien die tatsächlichen Werte von Giften im Trinkwasser jahrelang verheimlicht worden (www.ohchr.org/en/press-releases/2022/12/peru-toxic-discharges-threaten-health-millions-and-right-safe-drinking-water). Auch der Rückfluss von Einkommensteuern in die Bergbauregionen (sog. canon minero) hat aufgrund von Ineffizienz und Korruption häufig nicht die erwünschte Wirkung (www.defensoria.gob.pe/conflictos-mineros-defensoria-del-pueblo-invoca-al-estado-las-comunidades-y-empresas-a-persistir-en-el-dialogo/).

Die besonders betroffene indigene und kleinbäuerliche Bevölkerung der Andenregion sieht sich dementsprechend häufig zu Protestaktionen veranlasst, die sich oftmals gegen die Minen bzw. den Abtransport des Kupfers richten. Nach Angaben der peruanischen Ombudsstelle hat sich im Jahr 2022 die Zahl von Protestaktionen in Peru im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent erhöht (www.defensoria.gob.pe/conflictos-mineros-defensoria-del-pueblo-invoca-al-estado-las-comunidades-y-empresas-a-persistir-en-el-dialogo/). Von 142

im März 2023 verzeichneten sozialen Konflikten mit sozio-ökologischen Fragestellungen standen 95 in Zusammenhang mit dem Bergbau (www.defensoria.gob.pe/wp-content/uploads/2023/04/Reporte-Mensual-de-Conflictos-Sociales-N-229-Marzo-2023.pdf).

Polizeieinsätze gegen die Protestaktionen sind häufig von unangemessener Gewalt gekennzeichnet und fordern Todesopfer. Erschwerend kommt hinzu, dass Bergbauunternehmen seit 2003 insgesamt 158 privatwirtschaftliche Vereinbarungen mit der Polizei über den Einsatz von Polizisten im direkten Dienst der Unternehmen geschlossen haben (convoca.pe/investigacion/mineras-y-petroleras-pagaron-mas-de-us-18-millones-la-policia-por-seguridad-privada). Der UN-Sonderberichterstatter für die Situation von Menschenrechtsverteidigern sieht in dieser „Kommerzialisierung der Polizei“ eine Beeinträchtigung der Unparteilichkeit der Strafverfolgung und eine zusätzliche Gefährdung von Umweltschützern (www.ohchr.org/en/statements/2020/01/mission-statement-michel-forst-united-nations-special-rapporteur-situation).

Der im Dezember 2022 abgesetzte Präsident Pedro Castillo wirft Bergbauunternehmen vor, in seinen Sturz verwickelt zu sein. „Sie alle haben die Rolle von Putschisten gespielt“ (amerika21.de/analyse/262732/castillo-ich-bin-der-praesident-von-peru). Während seiner Präsidentschaft waren verschiedene Maßnahmen zur Regulierung des Bergbaus sowie zum Schutz der lokalen Bevölkerung vorbereitet bzw. initiiert worden, darunter eine von Unternehmern kritisierte Einschränkung des Einsatzes externer Arbeitnehmer (www.gtai.de/de/trade/peru/branchen/schwierige-zeiten-fuer-perus-bergbau-889464#toc-anchor--5). Unternehmer kritisierten auch, dass die Genehmigung eines Bergbauprojektes in Quellaveco nach einem Gespräch, das Präsident Pedro Castillo dort mit Demonstranten führte, neu überprüft werden sollte (www.infostelle-peru.de/wirtschaft-und-bergbau/kupfer-aus-peru-ungereimheiten-in-der-vorzei-gemine-antamina/). Die zeitweilige Premierministerin Mirtha Vásquez forderte die Neuformulierung der gesamten Bergbaugesetzgebung (www.youtube.com/watch?v=K8T0hED2sYc). Bei Unternehmern hat offenbar insbesondere die Forderung Präsident Pedro Castillos und weiter Teile des linken politischen Spektrums in Peru, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, für Unruhe gesorgt. In einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde gemutmaßt, dies könne „schwere Folgen für internationale Investoren, insbesondere im Bergbausektor“ haben, weil Verträge aufgelöst und Eigentum enteignet werden könnte (www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/ein-sozialist-wird-neuer-praesident-perus).

Die neue, in ihrer Legitimität massiv umstrittene Regierung unter Dina Boluarte zeigt sich hingegen bereit, Forderungen der Bergbauunternehmer entgegenzukommen. Nach Angaben der NGO (Non Government Organisation) CooperAccion, die sich auf einen Artikel der Zeitung „El Comercio“ über die „Pro-Bergbau-Regierung Dina Boluarte“ stützt (elcomercio.pe/politica/peru-minero-y-minado-cronica-fernando-vivas-mineria-dina-boluarte-alberto-otarola-victor-gobitz-oscar-vera-toronto-crisis-politica-gabinete-ministerial-noticia/, vgl. auch cooperaccion.org.pe/el-gobierno-de-dina-boluarte-y-la-agenda-minera/#_ftn1) kündigte der neue peruanische Minister für Energie und Bergbau, Óscar Vera, an, „die Genehmigungen für die Bergbauexploration und für den Bau und die Erweiterung bestehender Minen zu verbessern.“ Damit komme er der Forderung des Unternehmerverbandes SNMPE entgegen, der die Vereinfachung der Genehmigungen zum Rohstoffabbau als eines der zentralen Anliegen der Bergbauunternehmer bezeichne. Auch der neue Premierminister Alberto Otárola kündigte „die Vereinfachung der staatlichen Verwaltung“ an, mit dem Ziel, „nachhaltige Bergbauinvestitionen zu fördern“.

In dem Zeitungsartikel heiße es weiter, die Geschäftsleute seien mit der Regierung Boluarte einstweilen zufrieden, weil infolge des Ausnahmezustandes Armee und Polizei die Passierbarkeit und den Schutz der Transportkorridore für Bergbauprodukte garantierten. Dabei gehen die peruanischen Sicherheitskräfte mit größter Brutalität vor und begehen nach Einschätzung der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation schwere Menschenrechtsverletzungen, die in mindestens einem Fall mit einem „Massaker“ verglichen werden könnten

(www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/2023/Informe-SituacionDDHH-Peru.pdf).

Die NGO CooperAccion kommt daher zu dem Schluss, dass die Regierung Boluarte offenbar auf „ein Bündnis mit den großen Bergbaugesellschaften setzt, ungeachtet der mehrheitlichen Ablehnung in der Bevölkerung“ (cooperacion.org.pe/el-gobierno-de-dina-boluarte-y-la-agenda-minera/#_ftn1).

Die Firma Aurubis, die führende Kupferschmelze in Deutschland, die nach eigenen Angaben einen wesentlichen Teil ihrer Kupferkonzentrate aus Peru bezieht (geschaeftsbericht2018-19.aurubis.com/lagebericht/grundlagen-des-konzerns/geschaeftsmodell-des-konzerns), weigert sich bislang, anzugeben, aus welchen Minen das von ihr importierte Kupfer stammt (www.aurubis.com/dam/jcr:9e935e96-3b3d-494c-9c61-a3305598f638/Gegenantraege%202023.pdf). Kritische Aktionäre beklagen, es lasse sich deswegen nicht nachprüfen, ob sich Lieferanten an die Bestimmungen des Lieferkettengesetzes halten. In Zukunft ist angesichts der Energiewende mit einem Anstieg des Kupferbedarfs in Deutschland zu rechnen; exemplarisch sei auf den Bedarf von E-Fahrzeugen verwiesen, für deren Bau zwei- bis viermal so viel Kupfer benötigt wird wie für Verbrennerfahrzeuge (www.regenwald.org/files/de/Infoblatt-Kupfer-in-E-Autos-11-21.pdf).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Zunahme der Proteste Ende 2022 hat ihren Ursprung im vereitelten Staatsstreich des ehemaligen Präsidenten Castillo und der sich danach entwickelnden politischen Lage. Die Herstellung eines unmittelbaren kausalen Zusammenhangs zwischen den gewaltsamen Protesten vom Dezember 2022 und Januar 2023 und dem Bergbausektor ist daher verfehlt. Für die Konflikte gibt es eine Vielzahl von sozialen und politischen Faktoren.

Darüber hinaus wird auf die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur polizeilichen und militärischen Zusammenarbeit mit Peru auf Bundestagsdrucksache 20/6932 verwiesen.

1. Welche Bedeutung hat Peru für den Kupferimport nach Deutschland (bitte Importwerte für 2022 angeben)?

Peru spielt in den letzten Jahren vor allem beim Import von Kupfererzen und -konzentraten, also Produkten ganz am Anfang der Wertschöpfungskette, eine Rolle. So rangiert der Anteil peruanischer Erze und Konzentrate an den deutschen Gesamtimporten dieser Spezifikation in den Jahren 2013 bis 2022 zwischen 17 und etwas über 29 Prozent. Damit nahm das Land Plätze zwischen eins und vier auf der Rangliste der Erz- und Konzentratlieferanten ein (siehe Tabelle 1). Unterstellt man einen moderaten durchschnittlichen Kupfergehalt von 25 Prozent im Konzentrat ergibt sich ein Anteil der peruanischen Einfuhren am Kupferverbrauch Deutschlands zwischen 4 und 8 Prozent.

Tabelle 1: Importe von Kupfererzen und -konzentraten aus Peru (Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Deutschen Rohstoffagentur (DERA))

Jahr	Importe aus Peru (in Tonnen)	Anteil an Gesamtimporten (in Prozent)	Rang	Kupfer-Inhalt der Importe aus Peru durchschnittlich 25 Prozent Kupfer (in 1.000 Tonnen)	Verbrauch Kupfer-Raffinade in Deutschland (in 1.000 Tonnen Kupfer-Inh.)	Anteil Kupfer-Inhalt der Importe aus Peru an deutschem Raffinadeverbrauch
2013	202.233	19,96	2	50,56	1.150,9	4,4 Prozent
2014	211.542	17,84	4	52,89	1.163,0	4,5 Prozent
2015	280.258	24,04	1	70,06	1.221,2	5,7 Prozent
2016	237.617	22,45	2	59,40	1.232,1	4,8 Prozent
2017	310.192	24,80	1	77,55	1.179,1	6,6 Prozent
2018	339.625	28,64	1	84,91	1.208,5	7,0 Prozent
2019	298.857	29,30	1	74,71	1.032,8	7,2 Prozent
2020	331.401	26,74	1	82,85	1.046,0	7,9 Prozent
2021	252.083	21,94	2	63,02	1.009,0	6,2 Prozent
2022	164.972	17,11	3	41,24	k.A.	k.A.

Alle weiteren aus Peru importierten Kupfer-Spezifikationen rangieren maximal im einstelligen Prozentbereich und spielen damit keine zentrale Rolle bei der Kupferversorgung der deutschen Industrie (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Importe weiterer Kupferspezifikationen aus Peru im Jahr 2022 (Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Deutschen Rohstoffagentur (DERA))

Jahr	Tonnen	Anteil (Prozent)	Rang
Draht (legiert)	1.426	7,84	5
Kupfer (nicht raffiniert, Anoden)	310	0,34	7
Legierungen (Bronze, Rohformen)	22	0,33	19
Raffinadekupfer (Kathoden)	193	0,03	26

2. Welche Bedeutung hat der peruanische Kupfermarkt nach Einschätzung der Bundesregierung für den Industriestandort Deutschland perspektivisch in den kommenden zehn Jahren, insbesondere zur Sicherstellung der Energiewende?

Die wichtigste „Kupferbranche“ in Deutschland ist heute schon die Kabel- und Elektroindustrie, eine wichtige Branche zur Sicherstellung der Umsetzung der Energiewende. Im globalen Kontext hat Deutschland die größte Kupferindustrie in Europa und ist hinter China und USA größter Verwender von Kupfermetall. Für Kupfermetall (Kathode), die Hauptverbrauchsspezifikation, schwanken die Anteile peruanischer Lieferungen an den deutschen Importen zwischen 0 und 0,3 Prozent.

3. Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die größten sozialen, politischen, gesundheitlichen, menschenrechtlichen und ökologischen Probleme im Zusammenhang mit dem Kupferbergbau in Peru?

Inwiefern haben sich diese Probleme nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten Jahren verschärft oder abgemildert, und welche Kriterien zieht sie hierfür heran?

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die Zahl der registrierten, durch Peru entsprechend benannten, „sozialen Konflikte“ zuletzt geringfügig zugenommen (hierzu wird auch auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen). Die Konflikte haben verschiedenste Ursprünge und Ursachen. Im Kupferbergbau stehen bei den Forderungen zumeist Umweltfragen wie die Verunreinigung von Böden und Gewässern, Land- und Eigentumsfragen, Verteilungsgerechtigkeit und Fragen der Wassernutzung im Vordergrund. Die peruanische Ombudsstelle Defensoría del pueblo bringt dazu monatlich Berichte heraus: www.gob.pe/institucion/defensoria/informes-publicaciones.

4. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob es nach der Untersuchung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die zwischen 2018 und 2020 bei Freiwilligen Blut- und Urinproben vornahm, mit dem Ergebnis, dass bei 78 Prozent der Betroffenen deutlich über die Referenzwerte der WHO (World Health Organisation) hinausgehende Anteile von Schwermetallen festgestellt wurden (www.amnesty.org/es/document/s/amr46/3829/2021/es/), vergleichbare Untersuchungen gegeben hat, und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung hat hierzu keine eigenen Erkenntnisse.

5. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, inwiefern der Vorwurf zutrifft, dass Vereinbarungen bzw. Zusagen von Bergbauunternehmen insbesondere zu Infrastruktur- und Umweltschutzmaßnahmen häufig nicht eingehalten werden, und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung hat hierzu keine eigenen Erkenntnisse.

6. Inwiefern erkennen die peruanischen Behörden sowie die in Peru tätigen Bergbauunternehmen den von der Bundesregierung benannten Handlungsbedarf hinsichtlich der Missstände sowie der Gewährleistung effizienter und zielorientierter Dialogführung bei Behörden sowie Bergbauunternehmen (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/11996, insbesondere die Antwort zu Frage 15)?
 - a) Hat sich der Handlungsbedarf nach Einschätzung der Bundesregierung seit 2017 verändert, und wenn ja, inwiefern, und welche Kriterien legt sie für diese Einschätzung an?
 - b) In welcher Intensität wurde der Handlungsbedarf nach Einschätzung der Bundesregierung während der Präsidentschaft Pedro Castillos angegangen, und welche (auch unvollendeten) konkreten Maßnahmen sind ihr diesbezüglich bekannt?

Die Fragen 6 bis 6b werden gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die Bürgerbeteiligung bei Entscheidungsprozessen zu Bergbauprojekten in den letzten Jahren tendenziell zugenommen, siehe z. B. www.grupodialogo.org.pe/.

7. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, in welchen Kupferbergbaubetrieben es in besonderem Maße Probleme mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen gibt, und wenn ja, welche?
 - a) Welcher Art sind die Probleme dort?

Die Fragen 7 und 7a werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

- b) Bespricht die Bundesregierung solche – konkreten – Fragestellungen auch im Rahmen ihres regelmäßigen Austausches mit peruanischen Behörden?

Die Bundesregierung steht zu Fragen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung in Kontakt mit der Regierung und dem fachlich zuständigen peruanischen Unternehmerverband Sociedad Nacional de Minería, Petróleo y Energía, SNMPE.

8. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem erheblichen Anstieg sozialer Konflikte in Zusammenhang mit Bergbau (95 allein im März 2023 gegenüber 95 im gesamten Zeitraum von 2012 bis 2016, vgl. die Antworten zu den Fragen 1, 3 und 4 auf Bundestagsdrucksache 18/11996), trotz der von der Bundesregierung genannten Maßnahmen zu Verbesserungen bei der Umsetzung von Sozialstandards und Umweltgesetzen (vgl. Antwort zu Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 18/11996)?

Laut der peruanischen Ombudsstelle Defensoria del pueblo (www.defensoria.gob.pe/wp-content/uploads/2023/05/Reporte-Mensual-de-Conflictos-Sociales-N230_Abril-2023.pdf, S. 25) waren im April 2023 71 umweltbezogene soziale Konflikte mit Bergbaubezug aktiv. Diese Zahl bewegt sich seit September 2022 auf diesem Niveau.

9. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, dass die peruanische Gesetzgebung eine Strafverfolgung von Polizisten, die im Einsatz Menschen töten, erheblich erschwert (www.hrw.org/world-report/2022/country-chapters/peru, www.regenwald.org/pressemitteilungen/182/viele-tote-in-peru-konflikt-um-ausbeutung-von-rohstoffen-eskaliert), und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse im Sinne der Fragestellung. Die Bundesregierung fordert in ihren Gesprächen mit der peruanischen Regierung regelmäßig eine rechtsstaatliche Aufklärung der Todesfälle und appelliert an die peruanische Regierung, die Ermittlungen in größtmöglichem Umfang zu unterstützen.

10. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie viele privatwirtschaftliche Abkommen es im Jahr 2022 zwischen Unternehmern und der Polizei gegeben hat, und wie viele davon den Kupferbergbau betrafen, und wenn ja, welche?
 - a) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, inwiefern es während der Präsidentschaft von Pedro Castillo zu Änderungen in Form oder Umfang solcher Abkommen oder der zugehörigen Rechtsgrundlagen gekommen ist, und wenn ja, welche?

- b) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, ob sich die Übergangsregierung unter Dina Boluarte zur Praxis solcher Abkommen geäußert hat, und wenn ja, welche?
- c) Welche menschenrechtlichen Implikationen sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung mit diesem privatwirtschaftlichen Einsatz der Polizei verbunden?

Die Bundesregierung hat hierzu keine eigenen Erkenntnisse.

- 11. Hat die Bundesregierung eine Einschätzung dazu, inwiefern die gestiegene Anzahl von Protesten gegen Bergbauunternehmen einer Verschärfung der menschenrechtlichen und ökologischen Probleme geschuldet ist, oder inwiefern sich insbesondere die ländliche Bevölkerung seit dem Amtsantritt Pedro Castillos Hoffnungen machte, ihre Proteste würden beim Präsidenten – der bei seiner Wahl 2021 überwältigende Zustimmung insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung fand (saludconlupa.com/noticias/el-voto-andino-y-rural-que-le-dio-el-triunfo-a-pedro-castillo/) – auf mehr Gehör stoßen würde als bei seinen Vorgängern, und wenn ja, welche?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

- 12. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welchen Erfolg Protestaktionen haben, in dem Sinne, dass die Forderungen der Protestierenden zumindest teilweise von Bergbauunternehmen oder zuständigen Behörden erfüllt werden, und wenn ja, welche, und welche Tendenz ist hier in den letzten Jahren festzustellen?

Die Bundesregierung verfügt hierzu über keine eigenen Kenntnisse

- 13. Ist nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Tätigkeit des Kompetenzzentrums Bergbau und Rohstoffe bei der AHK Peru (Deutsch-Peruanische Industrie- und Handelskammer) thematisiert worden, aus welchen Minen Kupferimporte nach Deutschland erfolgen und welche Probleme es dort in Hinsicht auf Menschenrechte und Umweltschutz gibt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

In welchem Umfang wurde das Kompetenzzentrum seit Anfang 2018 weiterhin mit Bundesmitteln gefördert, und inwiefern hat sich die Absicht realisiert, die Förderung ganz einzustellen (vgl. Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 18/11211)?

Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschutzprobleme im Umfeld der nach Deutschland exportierenden Minen sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Das Kompetenzzentrum wurde durch die Bundesregierung ab Anfang 2018 bis 2021 mit einer Anschlussförderung von 263 355 Euro gefördert und von 2021 bis 2023 mit einer weiteren Anschlussförderung von insgesamt 144 222,90 Euro.

14. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass die Firma Aurubis als wichtiger Kupferimporteur Deutschlands trotz Lieferkettengesetz keine Angaben dazu macht, aus welchen Minen es das peruanische Kupfer bezieht (taz.de/Hamburger-Aurubis-Konzern/15912781/)?

Die Aktivitäten des Unternehmens Aurubis können dem nachfolgenden Link entnommen werden: www.aurubis.com/verantwortung/kennzahlen-und-bericht-erstattung.

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) gilt seit dem 1. Januar 2023 für Unternehmen mit mehr als 3 000 Arbeitnehmern in Deutschland und erfasst alle Schritte der Lieferkette im In- und Ausland, die zur Herstellung der Produkte und zur Erbringung der Dienstleistungen erforderlich sind. Das LkSG verpflichtet die Unternehmen dazu, sich systematisch mit den menschenrechtlichen Risiken in ihren Lieferketten auseinanderzusetzen, und möglichen Missständen durch Präventions- und Abhilfemaßnahmen angemessen zu begegnen. Das Gesetz enthält hierzu auch Dokumentations- und Berichtspflichten. Für die Kontrolle und Durchsetzung der Einhaltung des LkSG ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zuständig. Die Kontrolltätigkeiten des BAFA erfolgen seit dem Inkrafttreten des LkSG fortlaufend und folgen einem risikobasierten Ansatz. Das BAFA ist für die Überprüfung mit ausreichenden Prüfkompentzen ausgestattet, z. B. kann es umfangreich Auskunft und die Herausgabe von Unterlagen von Unternehmen verlangen.

- a) Inwiefern ergibt sich nach Einschätzung der Bundesregierung aus dem geplanten EU-Lieferkettengesetz eine Verpflichtung, diese Minen konkret zu benennen?

Die EU-Richtlinie für unternehmerische Sorgfaltspflichten (CSDD) wird derzeit noch auf EU-Ebene verhandelt. Deshalb ist eine solche Einschätzung nach jetzigem Stand nicht möglich.

- b) Sollten die konkreten Minen weiterhin unbekannt bleiben, wie will die Bundesregierung verhindern, dass die deutsche Energiewende hin zu ökologisch verträglichen E-Fahrzeugen durch zunehmende Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen in Peru bezahlt wird?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen.

Im Übrigen weist die Bundesregierung darauf hin, dass die Energiewende zugleich entscheidend dazu beiträgt, dass weitaus weniger fossile Rohstoffe gewonnen und verbraucht werden.

15. Hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach Kenntnis der Bundesregierung Kredite an Unternehmen vergeben, die am peruanischen Kupferbergbau beteiligt sind, und wenn ja, an welche, und in welcher Höhe (vgl. die Kreditvergabe an die Firma Glencore im Jahr 2013, www.busines-humanrights.org/de/neuste-meldungen/deutsche-banken-in-der-kritik-wegen-kreditvergabe-an-schweizer-bergbaukonzern-glencore-inkl-stellungnahmen-der-unternehmen/), und in welchen konkreten Minen sind diese Unternehmen ggf. in Peru beteiligt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die Kreditanstalt im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit keine Kredite an Unternehmen vergeben, die am peruanischen Kupferbergbau beteiligt sind.

16. Welche Unternehmen haben in Zusammenhang mit Rohstoffvorhaben von einer UFK (ungebundene Finanzkredite)-Garantie profitiert (bitte die Angaben der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/17808 aktualisieren), und ist dabei geprüft worden, ob die beteiligten Unternehmen mittelbar oder unmittelbar an sozio-ökologischen Konflikten in Peru beteiligt sind (bitte ggf. Ergebnisse der Prüfung angeben)?

Die folgende Tabelle enthält die Fortführung der Aufstellung der Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK-Garantien) ab 2009 (siehe die Antwort zu Frage 2 der Bundesregierung der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/17808):

	Land	Projektgesellschaft/ Darlehensnehmer	Rohstoff	deutscher Abnehmer	Volumen abzügl. SB (Kapital+ Zinsen) in EUR Tsd.	Kredit- laufzeit (in Jahren)
1	Schweiz/ Russland	Nord Stream AG, Zug	Erdgas	Uniper (ehem. E.On)	1.546.380	13,50
2	Mauretanien	Société Nationale Industrielle et Minière S.E.M. (SNIM), Nouadhibou	Eisenerz	dt. Eisenerz- abnehmer	67.074	10,00
3	Schweiz/ Russland	Nord Stream AG, Zug	Erdgas	Uniper (ehem. E.On)	751.500	13,50
4	Groß- britannien	Wolf Minerals Limited, London	Wolfram- Zinn	WBH und GTB Europe (dt. Produktions- stätten)	39.312	5,25
5	Island	PCC BakkiSilicon hf, Husavik, Island (PCC Bakki)	Silizium	dt. Industrie- unternehmen	86.804	12,00
6	Guinea	Compagnie des Bauxites de Guinée, Sanguaredi (CBG)	Bauxit	AOS Stade/ Dadco	458.168	12,00
7	Peru	Marcobre S.A.C., Lima	Kupfer	Aurubis	459.152	6,00
8	USA	Nevada Copper Inc., Nevada	Kupfer	Aurubis	137.835	8,00
9	Chile	Compania Minera Teck Quebrada Blanca S.A., Iguigue	Kupfer	Aurubis	408.581	8,50
10	Singapur	Trafigura Pte Ltd.	Kupfer- kathoden	Aurubis	872.072	5,00
11	Singapur	Trafigura Pte Ltd.	LNG	SEFE	2.933.254	4,00
					7.760.133	

Ein Rohstoffvorhaben betraf Peru. 2018 hat der Bund im Zusammenhang mit dem des Kupfertagebau Marcobre S.A.C., Lima („Mina Justa“) eine UFK-Garantie in Höhe von 459 Mio. Euro übernommen.

Bei der umfangreichen Prüfung der Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsaspekte (USM-Aspekte) des Kupfertagebaus Marcobre S.A.C., Lima („Mina Justa“) wurden nationale und internationale USM-Standards herangezogen (u. a. die International Finance Corporation Performance Standards (IFC PS) und die World Bank Group/IFC Environmental, Health, and Safety (EHS) Guidelines). Für das Projekt wurde ein Environmental and Social Impact Assessment (ESIA) durch ein internationales Beratungsunternehmen erstellt. Das Projekt wurde im Jahr 2018 in Deckung genommen und im Jahr 2022 vorzeitig zurückgezahlt und enthaftet.

Der Projektstandort liegt in einem Wüstengebiet innerhalb des peruanischen Küstengürtels, war vor Projektbeginn unbesiedelt und wurde weder als Landwirtschaftsfläche noch zu anderen Zwecken genutzt. Indigene Bevölkerung ist nicht von dem Projekt betroffen und ökonomische sowie physische Umsiedlungen waren nicht erforderlich. Die nächstgelegene Siedlung ist der 40 Kilometer entfernte Ort „San Juan de Marcona“. Viele der Einwohner arbeiten bei dem Projekt oder anderen umliegenden Minen. Es findet ein fortlaufendes Stakeholder Engagement statt und es wurde ein Beschwerdemechanismus eingeführt.

Alle Lücken zu den anzulegenden USM-Standards wurden in einem kreditvertraglich vereinbarten Environmental and Social Action Plan (ESAP) mit angemessenen Maßnahmen adressiert. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wurde im Monitoring nachgehalten. Insgesamt sind die USM-Auswirkungen des Projekts, auch durch die Umsetzung der vereinbarten Mitigierungsmaßnahmen, als vergleichsweise gering einzustufen.

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise vor, dass die am Projekt beteiligten Unternehmen an projektbezogenen sozio-ökologischen Konflikten in Peru beteiligt sind.

17. Wie bilanziert die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse des deutsch-peruanischen Rohstoffabkommens?

Inwieweit werden im Rahmen der darin vorgesehenen Gespräche Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit Bergbaubetrieben konkret, unter Nennung der Akteure, angesprochen, und um welche Akteure handelte es sich dabei konkret, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Im Rahmen des Rohstoffabkommens gibt es einen regelmäßigen Austausch zu verschiedenen Rohstoffaspekten.

Das in der Regel jährlich von der deutsch-peruanischen Auslandshandelskammer organisierte deutsch-peruanische Rohstoffforum ist stets gut besucht und deckt eine große Bandbreite von Rohstoffthemen ab. Die AHK Peru erstellte zudem eine Studie zu „Nachhaltigkeitsstandards im peruanischen Kupferbergbau“ (2022).

Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die peruanischen Fachbehörden bei der Verringerung der Umwelt- und Gesundheitsbelastungen durch den Bergbau sowie die Einhaltung von internationalen Standards unterstützt. Die peruanische Ombudsbehörde wurde darüber hinaus dabei unterstützt, um Umweltverträglichkeitsprüfungen von Bergbauprojekten mit einem menschenrechtsbasierten Ansatz zu verbinden.

- a) Inwieweit wurde die Absicht, dass die Deutsch-Peruanische Regierungsarbeitsgruppe (vgl. Artikel 7 des Abkommens) mindesten alle zwei Jahre tagen solle, realisiert, und inwieweit werden in deren Rahmen konkrete Menschenrechtsfragen und Menschenrechtsverletzungen besprochen?

Die Deutsch-Peruanische Regierungsarbeitsgruppe hat im Jahr 2016 einmal in Peru getagt. Die Gespräche im Rahmen der Regierungsarbeitsgruppe finden in einem vertraulichen Rahmen statt.

- b) Warum sollen zu den Sitzungen der Regierungsarbeitsgruppe lediglich „Vertreter von Unternehmen und Unternehmensverbänden“ eingeladen werden, nicht jedoch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen oder von durch Kontamination durch Minen betroffenen Anwohnern?

Bei künftigen Sitzungen der Regierungsarbeitsgruppe steht es beiden Regierungen frei, eine Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen oder von durch Kontamination durch Minen betroffener Anwohnerinnen und Anwohnern vorzuschlagen.

18. Ist nach Auffassung der Bundesregierung gewährleistet, dass im Rahmen der deutsch-peruanischen Rohstoffpartnerschaft menschenrechtliche und ökologische Fragestellungen mit hoher Priorität beachtet und einbezogen werden, oder will sie dies anstreben, und wenn ja, wie?

Im Rahmen der Deutsch-Peruanischen Rohstoffpartnerschaft spricht die Bundesregierung regelmäßig auch zur Nachhaltigkeit im Bergbau. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 17 verwiesen.

19. Will sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Kupfer angesichts der mit seinem Abbau einhergehenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen als Konfliktmineral eingestuft wird, und wenn ja, was will sie unternehmen, und wenn nein, warum nicht?

Eine Erweiterung der Konfliktminerale-Verordnung (2017/821) auf andere Minerale oder Metalle durch die EU-Kommission erfolgt derzeit nicht. Die Bundesregierung unterstützt die Entwicklung kohärenter ESG-Standards für den Import von Rohstoffen wie Kupfer und deren weiterverarbeiteter Produkte im Rahmen der aktuellen Legislativvorhaben auf EU-Ebene.

20. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob sich in Peru tätige Bergbauunternehmen oder wirtschaftliche Interessenverbände zur Absetzung des früheren Präsidenten Pedro Castillo geäußert haben, und wenn ja, welche, und welche Position haben sie dabei eingenommen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurde die Vereitelung des versuchten Staatsstreichs des früheren Staatspräsidenten Castillo am 7. Dezember 2022 und das verfassungsgemäße Nachrücken seiner bisherigen Stellvertreterin Boluarte aus Unternehmenskreisen grundsätzlich positiv gewertet. Hierzu äußerte sich beispielsweise der nationale Verband privatwirtschaftlicher Unternehmen Confiep am 13. Dezember 2022: (<https://gestion.pe/peru/gremios-empr-esariales-se-pronuncian-en-contra-del-golpe-de-estado-de-castillo-noticia/>).

21. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Anstrengungen während der Präsidentschaft von Pedro Castillo von diesem, von den verschiedenen Premierministerinnen und Premierministern oder von im Kongress vertretenen Parteien ausgingen, den Bergbausektor stärker zu regulieren, die Beteiligungsrechte der Bevölkerung zu verbessern, Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen besser zu erfassen bzw. zurückzudrängen, und wenn ja, welche (bitte möglichst konkret beantworten und angeben, inwiefern die Vorhaben umgesetzt wurden bzw. welchen Umsetzungsstand sie haben)?
- Wie haben sich Bergbauunternehmen ggf. zu diesen Vorhaben positioniert?
 - Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung diejenigen Parteien des Kongresses, die für die Absetzung Pedro Castillos stimmten, zu diesen Vorhaben positioniert?

Die Fragen 21 bis 21b werden gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden keine Gesetzesvorschläge zur Verschärfung von Umwelt- und Sozialstandards durch die Regierung des ehemaligen Staatspräsidenten Castillo in den Kongress eingebracht.

22. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, dass eine Selbstorganisation von durch Kontamination mit Metallen und anderen toxischen Stoffen Betroffenen im April 2023 darauf aufmerksam machte, dass die Regierung von Übergangspräsidentin Dina Boluarte keine Anstrengungen unternehme, einen Plan zugunsten der Betroffenen zu implementieren (www.ocmal.org/afectados-por-metales-toxicos-demandan-dar-prioridad-a-la-salud-ambiental-y-humana/), und wenn ja, welche, und welche Maßnahmen sähe dieser Plan vor?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

23. Hat die Bundesregierung eine Position zum Umgang des früheren peruanischen Präsidenten Pedro Castillo gegenüber internationalen Konzernen, die im Bergbausektor tätig sind, und zu den Implikationen für den deutschen Importbedarf, und wenn ja, welche?
- Welche Erwartungen setzt die Bundesregierung diesbezüglich in die jetzige Übergangsregierung bzw. folgende Regierungen Perus?

Die Fragen 23 und 23a werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Erwartungen die deutsche Industrie an die neue peruanische Regierung hat, und wenn ja, welche?

Der Bundesregierung liegen keine derartigen Erkenntnisse vor.

24. Hat die Bundesregierung in den bestehenden Gesprächsformaten, auch im Rahmen des Rohstoffabkommens, mit der peruanischen Seite oder mit Unternehmen, über die Implikationen der Präsidentschaft Pedro Castillos bzw. seiner Absetzung für den peruanischen Bergbausektor gesprochen, und wenn ja, wie wurde seine Präsidentschaft bzw. seine Absetzung nach ihrer Kenntnis von den Unternehmen bewertet?

Die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu den Inhalten vertraulicher Gespräche.

25. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Inhalt der Ausführungen peruanischer Regierungsvertreter auf der Konferenz „Berlin Energy Transition Dialogue“ im Jahr 2023, deren Gastgeber das Auswärtige Amt war (Berlin Energy Transition Dialogue Conference 2023 (berlydialogue.berlin))?

Hat es anlässlich des Berlin-Aufenthaltes der peruanischen Delegation Unterredungen zwischen diesen und Vertretern der Bundesregierung gegeben, und wenn ja, wer hat daran auf beiden Seiten teilgenommen, welche Themen wurde dabei besprochen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Die Podiumsdiskussionen des Berlin Energy Transition Dialogue (BETD) 2023 wurden aufgezeichnet und können im Internet abgerufen werden (www.youtube.com/watch?v=0tzeEzrb-1U&list=PLrJT1Nf7EHwHDQiA-ovi4OqZKC8u3FmR1). Die Bundesregierung hat am Rande des Berlin Energy Transition Dialogue keine bilateralen Gespräche mit der peruanischen Regierung geführt.

26. Ist die Bundesregierung bei der Regierung von Übergangspräsidentin Dina Boluarte vorstellig geworden hinsichtlich eines ggf. verstärkten Engagements der deutschen Industrie im peruanischen Bergbausektor oder erhöhter Exporte nach Deutschland, und wenn ja, in welcher Hinsicht, mit welcher Resonanz, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

Die Bundesregierung ist mit dem Ministerium für Energie und Bergbau im Dialog zur zukünftigen Ausgestaltung der im Jahr 2014 abgeschlossenen Rohstoffpartnerschaft. Zu den Inhalten vertraulicher Gespräche äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht.

27. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob die Regierung unter Übergangspräsidentin Dina Boluarte neue Akzente gegenüber dem Bergbausektor setzt, und wenn ja, welche?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Kenntnisse vor.

28. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, inwiefern die Ankündigung des chilenischen Präsidenten, die Lithiumindustrie zu verstaatlichen (www.reuters.com/markets/commodities/chiles-boric-announces-plan-nationalize-lithium-industry-2023-04-21/) Auswirkungen auf die Deckung des deutschen Importbedarfs oder auf Geschäftsbedingungen deutscher Unternehmer in Chile hat, und wenn ja, welche?

Hat sie Erkenntnisse, dass der Lithiumabbau in Peru, den die peruanische Regierung ausbauen will ([www.reuters.com/markets/commodities/peru-wants-seize-lithium-window-opportunity-says-minister-2023-04-27/#:~:text=LIMA%2C%20April%2027%20\(Reuters\),state%20control%20of%20the%20industry](http://www.reuters.com/markets/commodities/peru-wants-seize-lithium-window-opportunity-says-minister-2023-04-27/#:~:text=LIMA%2C%20April%2027%20(Reuters),state%20control%20of%20the%20industry)) künftig für die Deckung des deutschen Bedarfs mehr Bedeutung erhält, und wenn ja, welche?

Nach Kenntnis der Bundesregierung haben die Ankündigungen der chilenischen Regierung zur Lithiumindustrie bzw. zur Vergabe von Lizenzen keine direkte Auswirkung auf die Importe nach Deutschland. Die Neugestaltung der Gesetze soll nach Angaben der chilenischen Regierung keine Auswirkung auf diese bestehenden Verträge haben.

In Peru gibt es bisher keinen Abbau und auch keine Weiterverarbeitung von Lithium. Der Bundesregierung ist ein Projekt in einem sehr frühen Entwicklungsstadium bekannt.

